

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger

Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.
Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank
Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank,
Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.



Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 12.60, monatlich 4.20 M. frei Haus
Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt
und Kreis Waldenburg 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg.,
Reklameteil 2,00 M.

Fortdauer der Krise in Spaa.

Der polnische Zusammenbruch.

Berlin, 15. Juli. Wie aus Spaa gemeldet wird, teilte ein von der Front eingetroffener hoher englischer Offizier mit, das Zentrum der polnischen Front sei durchbrochen, der linke Flügel völlig umgangen, der rechte Flügel beinahe ebenfalls. Die Russen werden spätestens in Wochenfrist in Warschau einmarschieren.

Der Glanz und die Herrlichkeit des neuen Polenreichs von Frankreich und der Entente Gnaden waren von kurzem Bestand. Von dem Tage ab, da die polnischen Vornehmsten praktisch zu arbeiten und positiv zu regieren genötigt waren, zeigte sich die ganze Hohlheit des neuen Staatswesens. Alle Unterstützungen, die von Frankreich her in eigennützigster Weise geleistet wurden, dienten nur dazu, die Geschwollenheit der polnischen Machthaber und ihre unerfüllbaren Ansprüche ins Ungemessene zu steigern. Bei der Bevölkerung der gewaltig um angegliederten Gebiete löschten sie in kürzester Zeit alle etwa vorhandenen Sympathien aus und im eigenen Kongresspolen wuchs die Verworfenheit und Unordnung.

Zu allem Unglück wurde es von der Entente in den Krieg mit Sowjetrußland gehegt. So kam zu dem inneren politischen auch noch der völlige militärische Zusammenbruch. Das polnische Heer flutet überall, zum Teil in ungeordneter Weise, zurück und versucht Verteidigungsstellen an der östlichen Grenze Kongresspolens einzunehmen und zu halten. Ob das Gelingen gelingt, ist selbst den eigenen Führern sehr fraglich. Die abgekämpfte, erschöpfte und durch gewaltige Niederlagen demoralisierte Armee Polens vermag das Land auf die Dauer nicht vor bolschewistischer Ueberflutung zu schützen.

In ihrer Not flüchten die Polen zu den Ententemächten. In Spaa ist Herr Grabski hilfesüchtig zum General Foch geeilt und hat um militärische Unterstützung gebittet. Lange Beratungen zwischen den Machthabern der Alliierten haben schließlich dazu geführt, daß der Oberste Rat sich zu einem Vermittlungsangebot hergegeben hat, das von den Polen völlige Unterwerfung unter die Diktatur der Entente verlangt. Verzicht auf jeden imperialistischen Plan, Grenzfestsetzung ohne jeden Vorbehalt durch die Entente, Zurückziehung der polnischen Truppen auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk, das sind die harten Voraussetzungen, unter denen der Oberste Rat helfend eingreifen will. Aber auch dann wird positive militärische Hilfe von der Entente nur für den Fall zugesagt, daß die bolschewistischen Rotten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten und auf Warschau marschieren sollten. Aus den Erfahrungen des Weltkrieges weiß man zur Genüge, welcher Unterschied zwischen Zusagen militärischer Hilfe und wirklichen Hilfeleistungen bei der Entente besteht. Aber die Polen haben keine Wahl. Sie werden

trotz sein müssen, auch nur diese Vertröstungen beim Obersten Rat herausgeschlagen zu haben. Eine Ablehnung der gestellten Bedingungen kann gar nicht in Frage kommen.

Die Ententemächte haben der Sowjetregierung die Friedensvermittlung mit Polen angeboten, wenn ihre Armeen an der eigentlichen polnischen Grenze haltmachen. Letztere ist aber keineswegs einwandfrei. Ob die Russen der Ententendrohung, anderenfalls Polen militärisch zu unterstützen, nachgeben werden, ist recht zweifelhaft. Wissen sie doch, daß das englische Volk keinen Krieg mit Rußland will und daß Frankreich nicht die Macht hat, neben der Besetzung des linken Rheinufers sich militärisch in Polen groß zu engagieren. Die Lenin und Trotski sind zudem Meister im Einhalten diplomatischer Verhandlungen; sie sagen sich, daß ihre Stellung nicht schlechter wird, wenn ihre militärischen Erfolge größer werden. Sie bedrohen aber nicht nur Polen, sondern auch Persien und Afghanistan, also die englische Interessensphäre. Nicht allein die Welternährungsfrage veranlaßt Lloyd George zur Verständigung mit Rußland, sondern mehr noch die Sorge um Persien und Indien. Mit Bluffen dürfte er bei der Räteregierung nicht viel ausrichten.

Das polnische Kartenhaus der Entente fällt zusammen. Je eher das die Alliierten erkennen, um so besser für sie und für Europa. Schon tauchen Pläne auf, die Fragen des „polnischen Korridors“ in Westpreußen und des neuen Freistaates Danzig wieder auf die Tagesordnung von Besprechungen zwischen den Alliierten zu bringen. Vielleicht sind diese Pläne noch etwas verfrüht. Aber sicher scheint heute schon zu sein, daß die polnische Herrlichkeit über kurz oder lang ganz zu Ende geht. Auf jeden Fall müssen wir immer wieder unseren Rechtsanspruch darauf geltend machen, daß alle jene deutschen Bevölkerungssteile, die mit Gewalt vom Deutschen Reiche losgerissen oder von ihm ferngehalten wurden, sich dem natürlichen Vaterlande anschließen dürfen. Auf dieser Forderung wird das deutsche Volk beharren, und wir hoffen, daß in nicht allzu langer Zeit der Tag kommen wird, wo dem Verlangen nach Gerechtigkeit, die ja doch schließlich den Sieg erringen muß, auch von jenen wird stattgegeben werden müssen, die sich jetzt noch dagegen sträuben.

Die Russen in Minsk.

Warschau, 14. Juli. (WTB.) Im polnischen Heeresbericht wird mitgeteilt: Nach schweren Kämpfen hat der Feind Minsk besetzt. Der Kampf dauert südlich und südöstlich von Minsk fort. In der Gegend von Rowno verhält sich der Feind nach seiner Niederlage vom 20. Juni passiv.

Kämpfe vor Wilna.

Rowno, 14. Juli. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Die Bolschewisten stehen im Raume zwischen Swenzjan und Wilna. Die Polen sind dem Anschein nach zum äußersten

Widerstand entschlossen, obwohl die Lage in Wilna durch den Fall von Minsk, Modobelschno und Wileika unhaltbar geworden ist. Die Bevölkerung wünscht die litauischen Truppen herbei. Diese stehen wenige Kilometer nordwestlich entlang der Bahnlinie Dünaburg—Wilna. Um die Bevölkerung aufzuheizen, verbreiten unverantwortliche Elemente das Gerücht, daß die litauischen Truppen sich für die am litauischen Volke begangenen Missetaten rächen werden; das ist eine lächerliche Erfindung.

Lemberg den Polen entzogen.

Wien, 14. Juli. Der Wiener „Mittag“ meldet: Nach hier eingegangenen Berichten sind die Bolschewisten gegen 5 Uhr nachmittags in den südlichen Vororten Lembergs eingerückt. Die Telefonverbindungen von Warschau und Prag nach Lemberg sind unterbrochen.

Die gegenwärtige Lage Polens.

WTB. Kopenhagen, 14. Juli. Zur gegenwärtigen Lage in Polen schreibt „Politiken“ in einem Leitartikel: Die imperialistischen Leiter der polnischen Politik haben erreicht, daß sie das unglückliche Land in eine verzweifelte Lage gebracht haben. Weder in militärischer noch in ökonomischer Beziehung hatte Polen genügend Kräfte, um einen Krieg zu führen. Die Niederlage ist eine so vollständige, daß man, wenn die Entente nicht helfend einspringt, befürchten muß, daß ganz Polen von den Bolschewisten überschwemmt wird. Es geht aus den vorliegenden Berichten hervor, daß die alliierten Hauptmächte England und Frankreich sich nur ungern für Polen militärisch gegen die Bolschewisten engagieren. Nicht allein die eigenmächtig begonnene und in wilde Flucht verwandelte Offensive, sondern auch zum Hauptteil die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen hat einen starken Abgang der Sympathien der Alliierten für Polen hervorgerufen. Es zeigt sich nun, wie weit von der Wirklichkeit entfernt die Vorstellungen waren, die die Polen seinerzeit der Entente über die Nationalitätsverhältnisse in den beiden genannten Provinzen beigebracht haben. Sätten sich die Alliierten denken können, wie die Lage in Wirklichkeit war, würden sie sicher keine Veranlassung gefunden haben, eine Volksabstimmung vorzunehmen.

Französische Hilfsaktion für Polen?

London, 14. Juli. Wie die „Times“ aus Paris meldet, trifft die französische Heeresleitung umfassende Vorbereitungen, um eine militärische Hilfsaktion für die Polen zu organisieren. Der Besuch Fochs und General Wilsons in Spaa wird mit der polnischen Frage in Verbindung gebracht. Es wird erklärt, daß sich die beiden Generäle in Spaa von Deutschland die Erlaubnis auswirken wollen, Truppen und Material durch Deutschland befördern zu können.

Russische Truppenbewegungen.

Amsterdam, 14. Juli. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Teheran sind neue Sow-

Jettuppen am Kaspiſchen Meere gelandet. Damit hat ſich die Lage Perſiens noch verſchlechtert. Die Bolſchewiſten halten Serl in der Provinz Marandaran beſetzt. Die neue perſiſche Regierung verſucht einige Regimenter aufzuſtellen und auch Koſaken und ruſſiſche Offiziere, die ſich in Perſien aufhalten, anzuwerben.

Die Kriſis in Spaa auf dem Höhepunkt.

Unterredung zwischen Dr. Simons und Lloyd George.

WVB. Spaa, 14. Juli. Wie hier verlautet, wurde bei der heutigen Zuſammenkunft zwischen Reichsminiſter Dr. Simons und Lloyd George die Kohlenfrage beſprochen. Lloyd George beſtand mit Nachdruck auf einer baldigen Entſcheidung der deutſchen Regierung.

Die Beratung des Kabinetts ſoll biſher zu keinem Ergebnis geführt haben. Man erwartet die endgültige Entſcheidung morgen.

Konferenz der Alliierten.

WVB. Spaa, 14. Juli. Reuter verbreitet folgende Meldung: Die Alliierten kamen heute vormittag 11½ Uhr zuſammen. Die Generale Foch und Maglines erſtatteten Bericht über die militäriſche Lage. Darauf wurde die Zuſammenkunft bis ſechs Uhr unterbrochen. In der Zwischenzeit hatte kein Verkehr mit den Deutſchen ſtattgefunden und es ſcheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorſteht und daß die Alliierten das Ruhrgebiet beſetzen werden. Die italieniſchen und engliſchen Generale werden heute abend eintreffen.

Entſchloſſene Haltung der deutſchen Regierung.

Spaa, 14. Juli. Von dem heutigen Kabinettsrat in Spaa wird mitgeteilt, daß erneut das Kabinet die Forderungen in der Kohlenfrage als unmöglich bezeichnet hat, weil dadurch Deutſchlands Lebensfähigkeit vollſtändig erſchüttert würde. Die Sitzung kam zu dem Ergebnis, den die Delegation in den letzten Tagen gegenüber den Ententeſorderungen angenommen hat. Auch die in Berlin verbliebenen Kabinettsmitglieder erklären, daß ſie der gleichen Anſicht ſind und eine Annahme der Ententeſorderungen für ausgeſchloſſen halten. Die Reichsregierung könne in der Kohlenfrage keine Forderungen unterſchreiben, deren Unerfüllbarkeit offenbar iſt. Reichstag und Reichspräſident unterſtützen dieſen Standpunkt der Miniſter und verlangen in Spaa Durchhalten, ſei es auch bis zum Abbrechen der Verhandlungen. In Berlin ſieht politiſchen Kreiſen neigt man zu der Anſicht, daß man in Spaa kaum noch zu einer Verſtändigung kommen wird.

Berlin, 14. Juli. Von unterrichteter Seite erſährt die „Nationalzeitung“: Der heute vormittag in Spaa ſtattgefundene Kabinettsrat über die Stellung der Reichsregierung gegenüber der neuen Wendung in Spaa brachte erneut die Anſicht zur Geltung, daß es der deutſchen Delegation unmöglich ſei, die Forderungen der Entente in der Kohlenfrage in der ſtarken Form, an der die Entente ſteht, anzunehmen. Derſelben Anſicht iſt man in Berlin.

Der Verſuch der Alliierten, die deutſche Delegation durch die Berufung der Marſchälle Foch und Wilson einzuschüchtern, hat eine Wirkung nicht gehabt. Das Manöver war allzu deutlich, um nicht ſofort durchſchau zu werden. Falls die Alliierten wirklich die Abſicht hatten, ins Ruhrgebiet einzumarschieren, ſo wären beſondere Beratungen mit ihren militäriſchen Führern unnötig geweſen, denn es iſt bekannt, daß die für dieſen Zweck erforderlichen Pläne ſeit langem von Frankreich vorbereitet ſind.

Es iſt aber weiterhin auch anzunehmen, daß die Alliierten, ſo groß ſan übrigen ihre Verblendung auch ſein mag, denn doch vollkommen klar darüber ſein werden, daß eine militäriſche Aktion nur das Gegenteil der von ihnen gewünſchten Wirkung haben könnte. Man betrachtet daher in deutſchen Kreiſen die ſo oſtentativ erfolgte Berufung der alliierten militäriſchen Führer nur als eine wirkungsloſe Drohgeſte, die wohl mehr dazu beſtimmt iſt, am heutigen Nationalfeiertag die Stimmung in Paris zu heben.

Millerands Furcht vor Rußland.

WVB. Paris, 14. Juli. Pertinax drahtet dem „Echo de Paris“ aus Spaa: Wir haben Gründe, anzunehmen, daß die Alliierten ſich noch zwei bis drei Tage gebulden werden, bevor ſie Entſcheidungen treffen, und der Grund dieſes Zögerns liegt offenſichtlich darin, daß ſie ſich erſt nach gründlicher Prüfung feſtlegen wollen und daß die gegenwärtige europäiſche Angelegenheit unter doppeltem Geſichtswinkel, ſowohl vom militäriſchen als auch vom politiſchen Standpunkt aus, betrachtet werden müſſe. Aber ſchon jetzt hat Millerand folgende Theſe feſtgeſetzt: Je größer die Gefahr am anderen Ende Europas iſt, und je mehr Germanismus und Bolſchewismus die Abſicht erkennen laſſen, ſich zu verſtändigen, um ſo wichtiger iſt es, daß die Alliierten Feſtigkeit gegenüber Deutſchland beweiſen, und für die Kohlenfrage, in der unſer Gegner den Widerſtand zuſammenfaßt, die einzige Löſung ſuchen, die mit unſerem Recht vereinbar iſt.

Die Ruhrbergleute warnen.

Essen, 14. Juli. Der Gewerkschaftsverein Chriſtlicher Bergarbeiter erläßt in ſeinem Organ „Der Bergknappe“ nachſolgende Erklärung:

Die Verhandlungen in Spaa nehmen eine Entwicklung, die unter den Bergarbeitern die ſtärkſte Erregung hervorrufen muß. Die Forderungen der Entente laufen hinaus auf eine Gefährdung der gegenwärtigen in langen und ſchweren Kämpfen errungenen Stellung der Bergarbeiter, und drohen dieſe in ihren Grundſätzen zu erſchüttern. Sie laufen ſerner hinaus auf eine Zerkümmern der Solidariſtät der Bergarbeiter mit der geſamten übrigen Arbeiterschaft Deutſchlands und ſogar auch auf Durchbrechung der internationalen Verbindung zwischen den Bergarbeitern aller Länder.

Es iſt gänzlich ausgeſchloſſen, daß die Bergarbeiter Deutſchlands über ihre Kräfte hinaus arbeiten, ihre Geſundheit über die Waſſen aufs Spiel ſetzen und ihr Leben unverantwortlich vertilgen ſollen im Dienſte kapitaliſtiſcher Interereſſen des Auslandes, während gleichzeitig die deutſche Arbeiterschaft aus Mangel an Kohlen brotlos gemacht wird. Von dieſer Stellungnahme werden ſich die deutſchen Bergarbeiter auch nicht durch das dargebotene Zuderbrot erhöhter Lebensmittellieferungen abbringen laſſen.

Glaubt man im Ernst, daß man die Arbeiter des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln füttern werde, während die unter einem Dach mit ihnen wohnenden anderen Arbeiter weiter Hunger leiden ſollen?

Die Frage der Arbeitszeit im Bergbau iſt aber auch ſchon längſt über das Stadium einer nationalen Frage hinaus. Vor dem Kriege beſtanden internationale Vereinbarungen der Bergarbeiter über die Arbeitszeit. In dieſem Prinzip der internationalen Verſtändigung über die Arbeitszeit im Bergbau laſſen die Bergarbeiter auch in der gegenwärtigen Lage nicht rütteln. Es wäre geradezu ein Verrat an der internationalen Bergarbeiterſolidariſtät, wenn Deutſchland, das Land mit der dritgrößten Kohlenproduktion der ganzen Welt, ſich jetzt von kapitaliſtiſch orientierten Kreiſen des Auslandes, inbeſondere Frankreichs, eine erhöhtlich höhere Arbeitszeit diktieren laſſen ſollte, als die übrigen Bergarbeiter der Welt ſie anzunehmen gewillt ſind.

Gegen einen ſolchen Verſuch legen wir den ſchärfſten Prozeß ein und ſind überzeugt, daß auch die Bergarbeiter der ganzen Welt ſich dieſem Prozeß anſchließen werden. Die deutſchen Bergarbeiter ſind nicht aus ſo weichem Holz geſchnitten, daß ſie ſich von den Bajonetten der Senegalneger alle ihre Rechte rauben und ſich Sklaverei im Dienſte fremder Kapitaliſten aufzwingen laſſen.

Vor dem Generalſtreik im Ruhrgebiet.

Berlin, 14. Juli. Wie verlautet, laufen aus dem Ruhrgebiet bei den hieſigen maßgebenden Stellen ſortgeſetzt Nachrichten darüber ein, daß die Bergarbeiter des Ruhrgebietes unter keinen Umſtänden eine Beſetzung des Ruhrgebietes durch Ententetruppen dulden würden. Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes erklärten, daß ſie im Falle eines Einmarſches der Entente in das Ruhrgebiet unverzüglich den Generalſtreik proklamieren würden.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtber.) In einer geſtern in Eſſen abgehaltenen Sitzung der Unternehmerruppe der Arbeitskammer des Ruhrgebietes wurde einmütig eine Entſchließung geſaßt, in der gegen ein Diktat ſeitens der Entente in der Kohlenfrage proteſtiert wird und jedes Ueberſchichtabkommen inſolge dieſes Diktates abgelehnt wird. Ueber der Forderung der Entente ſteht das Recht

der Arbeiterschaft auf Freiheit und Unabhängigkeit. Dieſes Recht werde die Arbeiterschaft nicht preisgeben, ſelbſt wenn die deutſchen Vertreter ſich fügen würden.

Der Bergarbeiterverband erklärte ſich in einer Konferenz nach einem Referat Fuſs über die Vorgänge in Spaa einſtimmig mit der Haltung der Arbeiterdelegierten in Spaa einverſtanden. Fuſs ſandte an den Reichsminiſter Dr. Simons ein Telegramm, in dem er die zunehmende Unluſt der Bergarbeiter weitere Ueberſchichten zu verfahren, begründet mit der ſchlechten Ernährung und beſonders mit den Nachrichten aus Spaa, daß Zwangsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet erörtert werden.

Energische Abſage der Unabhängigen an die Entente.

Berlin, 14. Juli. Zu den Verhandlungen über die Kohlenfrage ſchreibt die „Freiheit“ heute: Die von der deutſchen Vertretung den Alliierten gemachten Angaben füllen ſich auch auf die Gutachten der Vertreter der Bergarbeiter-Organisationen aller Parteirichtungen, und ſo groß die Meinungsverschiedenheiten auch ſonſt unter ihnen ſind, darüber dürften die Bergarbeiter völlig einig ſein, daß ſie keine Veranlaſſung haben, ihre Leſtungsfähigkeit zugunſten des franzöſiſchen Kapitalismus in noch höherem Maße als biſher zu ſteigern. Das dürften auch die Alliierten einſehen, daß ſie mit einem Zwange zur Arbeit für den franzöſiſchen Kapitalismus bei den Bergarbeitern nicht viel erreichen werden.

Das Blatt weiſt dann auch darauf hin, daß der Widerſtand der deutſchen Bergarbeiter gegen eine Zwangsarbeit ſehr leicht die Unterſtützung der Bergarbeiter in den alliierten Ländern finden könnte, und daß eine gemeinſchaftliche Aktion des internationalen Grubenproletariats die ſchwerſte Gefahr für das wiſchaftliche Leben ganz Europas bilden würde.

Amerikaniſche Rundgebung gegen die franzöſiſche Beſetzung.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtb.) Geſtern abend fand in der Univerſität eine von der rheiniſchen Frauenliga veranſtaltete Verſammlung ſtatt, in der mehrere Amerikaner gegen die Beſetzung des Rheingebietes durch farbige Truppen Stellung nahmen. Die Amerikanerin Miß Ray Beveridge, die ſich bereits um deutſche hungernde Kinder große Verdienſte erworben hat, forderte in einer Rede die Frauen der ganzen Welt zur Zusammenarbeit auf, um die Frauen im beſetzten Gebiete zu befreien, wo wegen der ſchwarzen Peſt ſich kein weibliches Weſen mehr in Feld und Wald wagen dürfe. Der amerikaniſche Schriftſteller Scheffauer proteſtierte gegen die Preisgabe der Frauen an die Farbigen und hob hervor, daß die Verwendung der Farbigen im Rheingebiet dadurch eine Sache der Amerikaner geworden ſei, daß dieſe Preisgabe die Geſinnung der amerikaniſchen Neger auf amerikaniſche Frauen ſteigere. Der Vorſitzende verlas dann ein aus London eingegangenes Telegramm von E. D. Morel, in dem der engliſche Pazifiſt die Beſetzung deutſchen Gebietes durch afrikanische Truppen als einen Verstoß gegen jedes anſtändige menſchliche Empfinden bezeichnet. Das franzöſiſche Leugnen ſei vollſtändig unglaubwürdig, da eine Menge tatſächlichen Beweiſematerials vorliege. Zum Schluß der Verſammlung wurde ein Fuſs an alle Frauen der Welt erlaſſen, in dem die deutſchen Frauen ihre Mißſtimmung überall in der Welt um Mißgefühle und Einſetzung ihres weiblichen Einflusses gegen die Schändung deutſcher Frauen bitten.

Zwiſchenfall vor der franzöſiſchen Botſchaft in Berlin.

Berlin, 14. Juli. Die Sicherheitspolizei teilt mit: Heute vormittag fand auf dem Pariser Platz zur Feier des franzöſiſchen Nationalfeſtages ein Feſtakt vor der franzöſiſchen Botſchaft ſtatt, an dem die Vertreter der hieſigen Ententekommiſſionen teilnahmen. Das deutſche Publikum ſtimte bei dem Gehen der Tricolore das Lied „Deutſchland, Deutſchland über alles“ an. Beamte der Sicherheitspolizei geleiteten franzöſiſche Offiziere und Matroſen, welche durch ihr Benehmen das Publikum reizten, in die Botſchaft. Auf dieſe Weiſe gelang es, Ausſchreitungen vorzubeugen. Nachdem die Feier vorüber war und das Publikum den Platz verlaſſen hatte, fletter-

ten bisher Unbekannte auf das Dach der französischen Botschaft, holten die Tricolore herab und entfernten sich mit ihr. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Berlin, 14. Juli. Zu dem Vorfall vor der französischen Botschaft wird W.B. von amtlicher Seite mitgeteilt: Der Staatssekretär im auswärtigen Amt hat dem französischen Geschäftsträger persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft verübten groben Unfug zum Ausdruck gebracht. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich geworden ist, werden auf Anordnung des preussischen Ministers vom Dienste suspendiert werden. Die französische Flagge ist von einem Manne niedergeholt und entfernt worden, der über das Dach des Nachbargebäudes auf das Dach der Botschaft gelangt ist. Der Täter ist noch nicht ermittelt, doch ist die Flagge im Nachbarhause gefunden und der französischen Botschaft durch die Polizei wieder zugestellt worden.

Letzte Telegramme.

Polnische Wut.

Allenstein, 15. Juli. Das „Allensteiner Volksblatt“ meldet: Diese Nacht ist bei einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und Polen in Wemitten bei Stabigotten der Arbeiter Gragki aus Honigwalde auf der Stelle erschossen worden. Lehrer Bähr aus Wemitten und die Arbeiter Schurgenawitz und Schurmann aus Stabigotten wurden durch schwere

Unterleibsschüsse verletzt. Lehrer Bähr ist heute morgen gestorben. Der Besitzer Kempa aus Wemitten soll der Täter sein. Einzelheiten fehlen noch.

Noch kein Abstimmungstermin für Oberschlesien.

Berlin, 15. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte eine Mitteilung der Entente, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September oder Anfang Oktober stattfinden werde. Wie hierzu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, stammt diese Information aus einer ganz privaten Unterhaltung mit Mitgliedern der Entente. Die bisherige Entwicklung der Verhältnisse läßt es indessen als zweifelhaft erscheinen, ob der angegebene Termin eingehalten werden kann.

Ein Ultimatum der Entente in Spa.

Berlin, 15. Juli. Verschiedene Blätter melden von einem Ultimatum, das der deutschen Delegation von alliierter Seite mitgeteilt worden sei und in dem die deutsche Entscheidung auf den letzten Vorschlag der Entente in der Kohlenfrage innerhalb 24 Stunden bei einer zweifelhafte Abfahrtsfrist aus Spa zu geben sei. Die Mitteilung sei von der Drohung der Besetzung des Ruhrgebietes begleitet.

Erregung unter den Ruhrbergleuten.

Berlin, 15. Juli. Sämtliche Blätter melden aus dem Ruhrgebiet, daß die Verhandlungen in Spa über das Kohlenabkommen unter der Arbeiterschaft lebhaftste Beunruhigung hervorgerufen haben. Zahlreiche Bergleute tragen sich jetzt schon mit dem Gedanken, im Falle der Besetzung das Ruhrgebiet zu verlassen.

Die Oberpräsidenten für Beibehaltung der Sicherheitspolizei.

Berlin, 15. Juli. In der gestrigen Sitzung der Oberpräsidenten im preussischen Ministerium des Innern wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Reichsregierung die Interessen der Sicherheitspolizei in Spa nicht mit dem Nachdruck vertreten hat, die ihr nach ihrer Bedeutung für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Preußen zukommt. Die Aufrechterhaltung einer festgestellten und gut disziplinierten Polizei wurde einstimmig als eine zwingende Notwendigkeit erklärt. Ohne eine starke Polizeitruppe kann die Ruhe und Ordnung unmöglich aufrechterhalten werden. Die von der Entente verlangte Entlassung der Bevölkerung kann nur durchgeführt werden, wenn die Sicherheitspolizei so stark eingesetzt wird, daß der einzelne wieder an den Schutz und die Macht des Staates glauben kann und sich daher nicht gezwungen sieht, zum Selbstschutz greifen zu müssen. An eine Umorganisation der Sicherheitspolizei kann erst nach der vollständigen Entlassung aller Bevölkerungsteile gedacht werden, die aber selbstverständlich innerhalb der gestellten Frist erfolgen muß.

Wettervorhersage für den 15. Juli:

Teilweise heiter, schwachwindig, warm, streichweise Gewitterbildung möglich.

Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: H. Münz, für Kellere und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Für die mir aus Anlaß des 50jährigen Bestehens meines Geschäfts in so reichem Maße zuteil gewordene Aufmerksamkeit in Blumen, Wort und Schrift sage ich allen auf diesem Wege meinen tiefempfundenen, herzlichen Dank.

H. Feder's
Möbel-Magazin und Tischlerei,
Anna Feder.

Versteigerung.

Sonnabend den 17. Juli 1920, vormittags 10 Uhr, werde ich in der Pfandkammer im Amtsgerichtsgebäude hierseits:
a) freiwillich: 1 Büfett, 1 Anrichte und 1 Sofaumbau aus Kirschbaum, 1 Schlafzimmer aus Eiche, bestehend aus: 1 Schrank mit Spiegel — 180 cm breit —, 1 Waschkommode mit Spiegel, 2 Bettstellen mit Patent- und Auflege-Matratzen und 2 Nachtschischen; 2 Gobelins, 1 Ofenschirm, 2 Staffeleien, 1 Klavierstühl, 1 Blumentisch, 1 Spiegel, 1 Regulator, 1 Polsterstuhl, 2 Klarnetten, eingebundene Zeitschriften und anderes mehr;
b) zwangsweise: 1 Partie Galanteriewaren
meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Die Möbel sind durchweg bessere und fast neu. Bestichtigung 1/2 Stunde vor dem Termine an Ort und Stelle.
Busch, Gerichtsvollzieher in Waldenburg.

Offene Stellen

Jüngere Kontoristin,

flotte Maschinenschreiberin u. Stenotypistin, für 1. August gesucht.
Robert Hahn.

Sauberes Mädchen,

15-16 Jahre, wird für sofort für kleinen Haushalt von 2 Personen gesucht. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Junges Mädchen

für leichte Arbeiten in mein Badengeschäft gesucht.
A. Glaeser's Buchdruckerei, Freiburger Straße 5.

Verkäufe

Birke 20 Dosen kondensierte süße Milch, Doze 9 Mark, 10 Pfund russischen Tee, schwarz, 1 Pfund 20 Mk., 10 Pfund. Gailers-Rakao, Originalpatet, 1 Pfund 20 Mk., 10 Pfund süße Mandeln, 1 Pfund 20 Mk. Auch kleinere Quantitäten gebe ich ab. Offerten unter D. Z. 20 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Auktion.

Im Auftrage des Magistrats findet Sonnabend den 17. Juli, vormittags 10 Uhr, im Hofe des Bezirks-Kommandos die Versteigerung verschiedener Nachlassgegenstände

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung statt.
Holzbecker, Dreykant, Vollziehungsbeamte.

6,20 m dunkelbl. Cheviot,

gute Ware, zu Kostüm geeignet, a m 50 Mk. zu verkaufen.
Kinzel, Blücherstraße 14, III.

Federbetten, Sprungfeder-Matratzen, legematraten, Brautschleier verkauft. Grehl, Hochwaldstraße 8.

Wegen vereitelter Heirat

sofort zu verkaufen eine komplette Stuben- und Küchen-Einrichtung, zusammen für 4200 Mark. Die Sachen sind ganz neu vom Tischler weg. Näheres bei Franz Touber, Weißstein, Flurstraße 1.

Wieder eingetroffen:

Militär-Strohhüte, weißblaue Bazarettmäntel, Dreihosen und -Jacken, Gummimäntel, Segeltuch- u. Militäruch-Stiefeln, billige Arbeitshosen, einzelne Westen, Arbeitsjacken, Stiefel u. Schuhwerk aller Art, Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge zu äußerst billigen, herabgesetzten Preisen und vieles andere mehr, bei Franz Touber, Weißstein, Flurstr. 1.

Eine komplette Küche, 1 Kirschbaum-Stubeneinrichtung, 2 Bettstellen mit Matratzen, Friedensware, 2 Plüsch- u. 2 Stoff-Divans, 1 Chaiselongue billig zu verkaufen.
Dittersbach, Schulstraße 2, parterre.

Grosser Regulator, 1 Paar neue Damenschuhstiefel, Größe 37, Maharbeit, 1 Regenschirm zu verkaufen.
Altshausen, Zimmer 13.

Sofas, Chaiselongues, Matratzen in nur sachgemäßer Ausführung.
Robert Wiedemann, Polsterwerkstätten, Waldenburg, Auenstraße 37. Ausführung aller Dekorationsarbeiten.

600 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 14. zum 15. Juli wurde mir ein Fuchswallach gestohlen. Kennzeichen: ca. 1,60 groß, schmale Blesse, Mähne, Fesselhaar und Schwanz abgeschnitten, letztere mit hellen Haaren meliert, vorn links am Unterhaken eine alte Narbe, ca. 5-6 cm lang ohne Haare.
Für Wiederbringer des Pferdes oder Ermittlung des Täters obige Belohnung.
Oskar Dietrich, Kolbitz bei Jauer.
Eine Kinderbettschüssel (Wiegel) gegen Leiterwagen einzutauschen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Geldsuchende!

Betriebskapitalien und jedes andere Darlehen erhalten Arbeiter, Beamte, gewerbetreibende Handwerker, Kaufleute, Hausbesitzer. Streng diskret, reell und schnell durch das

Finanz-Geschäft Symnik & Nielsen, „Badeheim“, beim „Adler“, Bad Salzbrunn. Bei brieflichen Anfragen Rückporto erbeten. Bürozeiten: 8-12, 2-6 Uhr. 5 Min. v. Straßenbahn.

15000 Mark

auf Hausgrundstück zu 7% Zinsen sofort gesucht, dahinter stehen noch 25000 Mark. Offerten unter Z. 100 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

10000 Mark

gegen Eintragung von 15000 Mk. auf 1 Jahr zu 5% Zinsen sofort gesucht, ausgehend auf einem Hausgrundstück. Bez. Breslau, mit 140000 Mark. 8000 Mark Mietseinnahmen. Offerten unter C. 500 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

48000 Mark

zur 1. Stelle auf Industriewerk gegen Mehreintragung von 2000 Mark zu 5% Zinsen sofort gesucht, dahinter stehen noch 65000 Mark. Offerten unter A. 100 in die Geschäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Alteisen

kauft
Max Guttman, Dittersbach, Hauptstraße 2. Fernruf 894.

Nähtiger Mann in geeignetem Alter sucht Beschäftigung, gleichviel welcher Branche. Näh. in der Geschäftsstelle dieser Ztg.

Bei genügender Beteiligung

beabsichtige ich in der Zeit vom 20. Juli bis 20. Oktober d. Js. einen

Mandolinen-Kursus

für Erwachsene und Kinder nach leicht fasslicher Schule und bei mäßigem Honorar abzuhalten. Alles Nähere bei mir persönlich.

Clemens Rolle, Musiklehrer, Töpferstraße Nr. 34.

100 Mark Belohnung

bei Mietabschluss eines kleinen Ladens

in lebhafter Straße von Waldenburg oder Dittersbach. Gefl. Angebote unter L. M. in die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2 Zimmer,

möbliert od. unmöbliert,

zur Ausübung der ärztlichen Praxis in Waldenburg oder engerer Umgebung gesucht. Entf. Tausch gegen eine schön gelegene 3-Zimmer-Wohnung in Breslau-Süd. Gefl. Offerten an D. Korn, Waldenburg, erbeten.

kleine Anzeigen

wie: Geldgesuche und -Angebote, Verkäufe, Kaufgesuche, Stellengesuche und -Angebote usw. usw.

finden in der „Waldenburger Zeitung“ zweckentsprechende Verbreitung.

Staunend billige Preise!

Nur soweit Vorrat!
Nicht an Wiederverkäufer!

Bei einzelnen Artikeln behalte ich
mir die Abgabe der Menge vor.

- 1 Posten Wäscheköpfe mit Nickelrand Dtzd. 40, 30, 25 Pf.
 - 1 " kurze Damen-Halbhandschuhe, Paar 135, 60, 35 Pf.
 - 1 " lange Damen-Halbhandschuhe, Paar 295, 195, 85 Pf.
 - 1 " weisse Damen-Halbhandschuhe . . . Paar 85 Pf.
 - 1 " abwaschbare Stehumlegekragen . . . Stück 95 Pf.
 - 1 " Herren-Kragen (Papier) 6 Stück 95 Pf.
 - 1 " bunte Herren-Leinenkragen in einzelnen
Weiten 2 Stück 95 Pf.
 - 1 " weisse Kinder-Stehkragen, Leinen, 2 Stück 95 Pf.
 - 1 " weisse Kinder-Handscheu m. Finger P. 195, 95 Pf.
 - 1 " Herren-Winter-Chemissets, Ersatzw., Stück 95 Pf.
 - 1 " Herren- und Knaben-Hosenträger, keine
Papierware Paar 95 Pf.
 - 1 " Stickerei-Hauben Stück 295, 95 Pf.
 - 1 " seid. Haarbänder, 2 u. 3 cm breit, Mtr. 140, 90 Pf.
 - 1 " Macco-Schuhsenkel, 100 cm, schwarz, Paar 1.25 M.
 - 1 " Strumpfhalter für Damen und Kinder,
Spiral Paar 1.95, 1.45 M.
 - 1 " Haubennetze Stück 1.95 M.
 - 1 " Damen-Strohhutformen, Stück 5.50, 2.95, 1.95 M.
 - 1 " Umlegekragen für alt. Herren, Lein., Stück 2.75 M.
 - 1 " Herren-Krawatten, Plastrons, reine Seide,
Stück 2.95 M.
 - 1 " hygienische Damenbinden Dtzd. 3.00 M.
 - 1 " weisse Damen-Kragen Stück 3.90 M.
 - 1 " Sport-Serviteurs mit Stehumlegekragen
und Krawatte Stück 7.90, 3.95 M.
 - 1 " gestrickte Erstlings-Hemdchen Stück 4.75 M.
 - 1 " bunte Herren-Serviteurs Stück 4.90 M.
 - 1 " Lacktuch-Gürtel, schwarz u. farbig, Stück 4.90 M.
 - 1 " schwarze, baumw. Damen-Füßlinge Paar 4.75 M.
 - 1 " prima Flor-Füßlinge Paar 5.50 M.
 - 1 " durchbrochene, seidene Damen-Finger-
handschuhe Paar 5.90 M.
 - 1 " Mädchen-Hemden mit reicher Stickerei,
50 cm Stück 6.95 M.
 - 1 " gute Herren-Socken, schwarz u. braun, Paar 6.90 M.
 - 1 " seidene Damen-Kragen Stück 7.90 M.
 - 1 " farbige und schwarze Herren-Socken,
prima Qualitäten Paar 9.50 M.
 - 1 " Schillerkragen Stück 12.50 M.
 - 1 " baumwollene Damenstrümpfe, englisch,
lang Paar 13.75 M.
 - 1 " schwarze Herren-Socken, Seide und
Seidenflor Paar 14.50 M.
 - 1 " Kinder-Hängerschürzen, Größe 45—70, St. 14.50 M.
 - 1 " gestrickte Herren-Selbstbinder Stück 16.50 M.
 - 1 " reinwollene Damenstrümpfe Paar 17.50 M.
 - 1 " Damen-Glace-Handscheu, weiß, Größe
6 1/2—7 3/4 Paar 18.50 M.
 - 1 " Hausschürzen mit Latz, Mischware, St. 19.50 M.
 - 1 " Damen-Leinen-Blusen Stück 19.50 M.
 - 1 " Kinder-Sweater in verschiedenen Größen
früher bis M. 30. — jetzt 19.50 M.
 - 1 " Damen-Hemdosen, prima Macco. Paar 29.00 M.
 - 1 " Hausschürzen mit Blusenlatz, prima
Watterstoff Stück 39.50 M.
- Kinder-Strümpfe, braun, schwarz und weiß, Söckchen,
farbig und weiß, bedeutend im Preise herabgesetzt.
Damen- und Kinder-Strohhüte weit unter Preis.

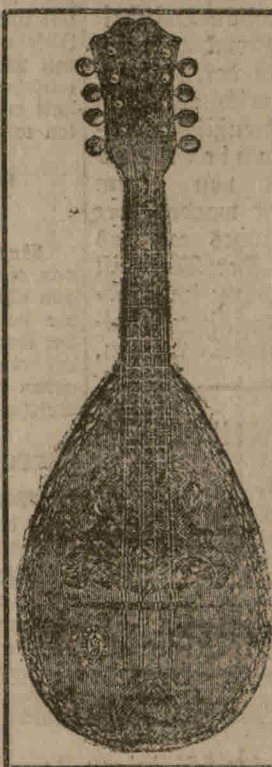
W. Rahmer,
Waldenburg,
Friedländer Strasse 28/29.

Kranken-An- u. Abmeldescheine sind vorrätig in der
Geschäftsstelle der
Waldenburger Zeitung.
Gasthof zur „Stadt Friedland“.
Ausverkauf von Schultheiß-Bier.

Musikhaus E. Bartsch, Waldenburg Schl., Gartenstraße 23-24.

Empfehle in großer Auswahl:

Sprechapparate
mit und ohne Trichter,
Mandolinen,
Gitarren, Zithern,
Violinen
und Cellos,
sowie
stets das Neueste
in
Platten und Noten
für Klavier
u. sämtl. Instrumente.



Ziehharmonikas
in allen Größen,
Deutsche und Wiener
Modelle.
Grosse Auswahl
in Schmuck- und
Tragbändern.
Eigene
Reparatur-Werkstatt
sowie Lieferung
sämtlicher Ersatzteile.
Beschäftigte dauernd
einen Harmonikabauer.
Kuplets
und Theaterstücke
zu jeder Gelegenheit.

Zigaretten,

reiner heller Tabak,
20 Fig.-Verf. m. M. 150.—
25 " o. M. 200.—
30 " o. M. 225.—
Dicke Türken
40 Fig. „Dufala“ M. 300.—
50 " „Erela“ M. 370.—
" Nachnahme
von 500 Stück an, bei 2000
Stück franko.
Preisliste gratis.
M. Guttmann,
Berlin O. 27,
Alexanderstraße 22.

Fußbodenlackfarbe

in Friedensqualität,
Oelfirnis, Terpentin,
Pflanzenleim,
Möbellack,
Pinsel und Bürsten,
Schablonen.
Schloss-Drogerie,
Ober Waldenburg. Tel. 304.

Schreiben Sie an die
„Durfmusikke“,
Brieg, (Bez. Breslau), um
Probe-Mrn. Einzige schlei. Dia-
lett-Zeitschrift. 7. Jahrgang vier-
teljährlich Mark 1.50.

Die Industrie sucht
Ideen und Erfindungen.
Erfinder
erhalten Anregung zum Erfinden
in unserer Broschüre kostenlos.
Pigett & Hübscher
Breslau 5 / 301.

Eine Gans

ist am Dienstag entlaufen. Um
Rückgabe derselben gegen Beloh-
nung ersucht Wagner's Schuh-
geschäft, Waldenburg Neustadt.
Kurtheater Bad Salzbrunn.
Freitag den 16. Juli 1920:
Die Raichhoffs.
Schauspiel.

Musik - Unterricht,

mit meiner Wohnung in Walden-
burg, bestehend aus Stube und
Küche, gegen eine größere im
Freie Waldenburg, Ort ist gleich.
Mittteilung erbeten unter Nr. 500
in die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Wer tauscht

mit meiner Wohnung in Walden-
burg, bestehend aus Stube und
Küche, gegen eine größere im
Freie Waldenburg, Ort ist gleich.
Mittteilung erbeten unter Nr. 500
in die Geschäftsstelle dieser Ztg.



Freitag bis Montag: Unübertrefflicher Spielplan!!! Der tanzende Tod!

Ein spannendes Drama der vornehmen Gesellschaft
in 5 Akten von **Max Neufeld.**
Mit **Liane Haidt, Karl Ehmann.**

Ferner:

„Ein schwaches Weib!“

Sensationsdrama in 4 Akten.
Mit dem allseitig beliebten Filmschauspieler
Erich Kaiser-Titz
und der Filmdiva
Erna Morena.

Waldenburger Zeitung

Nr. 163.

Donnerstag, den 15. Juli 1920

Beiblatt

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 15. Juli 1920.

Sozialisierung des Baugewerbes und Hebung der Bautätigkeit.

In einer vom Waldenburger Bauarbeiterverband einberufenen Versammlung, die am heutigen Donnerstag in Waldenburg, abends 6 Uhr, in der „Vorläufer Bierhalle“ stattfand, wird Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner (Berlin) einen Vortrag über die Sozialisierung des Baugewerbes halten. Ähnliche Versammlungen haben in den beiden letzten Wochen bereits in Schweidnitz und Biegnitz stattgefunden, und zwar wurde dabei von dem Vortragenden die Sozialisierung des Baugewerbes gefordert, durch die eine Hebung der Bautätigkeit bezw. Verringerung des Wohnungsmangels herbeigeführt werden soll. Dazu hat nun die Maurer- und Zimmerer-Zunft des Stadt- und Landkreises Biegnitz, sowie der Kreise Goldberg-Gaymann, Lüben und Jauer, Stellung genommen in einer in der dortigen Presse veröffentlichten Zuschrift, der wir des allgemeinen Interesses wegen die bemerkenswerthesten Stellen entnehmen.

Zu der aufgestellten Behauptung, daß das Bauen durch das private Unternehmertum „gewaltig verteuert und erschwert wird“, wird u. a. ausgeführt: Man braucht wirklich, eine tatsächlich billigere Arbeit und damit eine Belebung der Bautätigkeit zu erzielen, wenn man das private Baugewerbe ausschaltet und die Bauarbeit sozialisiert bezw. kommunalisiert. Jedes Geschäft arbeitet, wie jeder andere Gewerbebetrieb, ob privat, gesellschaftlich oder öffentlich, mit Geschäftskosten. Die Geschäftskosten eines privaten Baugeschäftes setzen sich im wesentlichen aus folgenden Posten zusammen: Soziale Kosten (Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angehörten-Versicherung), Prämien für Haftpflicht- und Feuerversicherung, Steuern und Organisationsbeiträge, Unkosten für das Halten eines Arbeitsplatzes, besondere Platzmiete, Anlagungskosten, Platzarbeiter, ferner Bürokosten, Zinsverluste für Lagern des Materials, Verzinsung des Betriebskapitals, Unterhaltung der Geräte und Gerüste und Geschäftsverluste. Diese Unkosten sind in letzter Zeit wegen Erhöhung der Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge, sowie der Unfall- und Feuerversicherungsprämien — letztere ganz besonders bei Schnelbmühlen — noch größer geworden. Hierzu treten Mieten, die gewöhnlich nicht in Betracht gezogen werden. Gernat die Arbeitstage mit schlechtem Wetter, bei denen die Arbeiter nicht feiern, aber nur einen Teil ihrer sonstigen Arbeitsleistung schaffen; sodann die Zeit, besonders im Winter, wo es an Arbeit fast ganz mangelt, trotzdem aber ein Stamm von Arbeitern mit sog. „Notstandsarbeiten“ nur verlustbringend beschäftigt sind. Schließlich ist zu beachten, daß die Realsteuern steigen. Es mag die Angabe genügen, daß alle Geschäftskosten eines mittleren Baugeschäftes nach vielseitigen Ermittlungen und praktischen, gründlichen Berechnungen durchschnittlich 39 Prozent der Lohnsumme, wobei die erwähnten Erhöhungen noch nicht berücksichtigt sind, betragen.

Wird vorstehenden Unkosten muß nicht nur ein privater, sondern auch ein sozialisierter Betrieb unbedingt rechnen. Der sozialisierte Baubetrieb muß diese Unkosten in einzelnen Positionen sogar noch höher als der private Baubetrieb, z. B. für den zentralisierten Verwaltungsapparat, ansetzen; in anderen Punkten, z. B. Steuern, muß er die entgehende öffentliche Subvention auf Verlustkonto buchen. Es ist recht und billig, daß der private Baunternehmer, der nicht die Vorteile der Beamtenpension und der sozialen Versicherung genießt, sich neben den Geschäftskosten noch einen bescheidenen Verdienst an der Arbeit (üblich 8—10 Prozent der Lohnsumme) als laufenden Unterhalt und Rücklage für Krankheit und Alter berechnet. Werden die Arbeiten in Afford ausgeführt, so wird man den Verdienst von 8—10 Prozent in der Regel nicht erreichen, trotz sorgfältigster Rationalisation arbeitet der Unternehmer hier oft sogar mit Verlust, weil sich während der Arbeitsausführung häufig unvorhergesehene Schwierigkeiten entgegenstellen. Es steht erfahrungsgemäß fest, daß alle im Lagedeckungs auszuführenden Regiarbeiten weit teurer in der Ausführung werden, als die von Privatunternehmern ausgeführten Bauten. Auch für die Erwerbung bezw. Erbauung von Biegnitz und Schneidemühl geben viele Stadtgemeinden, die früher solche Anlagen besaßen, aber wegen Unwirtschaftlichkeit wieder eingehen ließen, ein abschreckendes Beispiel.

Eine Kommunalisierung der Baubetriebe würde den Gemeindeverwaltungen neue finanzielle Lasten bringen, da der betr. Geschäftswert für solche Fälle eine angemessene Entschädigung der Privatunternehmer vorschreibt. Die Gemeindeverwaltungen sind z. B. finanziell schon so überlastet, ja überschuldet, daß sie die in die Willkür gehenden Unkosten auch bei noch so sparsamer Wirtschaft in absehbarer Zeit nicht decken könnten. Es wäre ein unüberwindlicher Versuch, wenn Gemeindeverwaltungen unter diesen Verhältnissen Kommunalisierungsversuche, die keine Aussicht auf eine Rentabilität des Unternehmens bieten, wagen würden.

Im Falle der Kommunalisierung würde schließlich der Unternehmungsgeist, welcher unter pri-

vates Baugewerbe in Friedenszeiten zu hoher Blüte und hervorragenden technischen Leistungen geführt hat, verschwinden. Angestellte und Beamte eines gesellschaftlichen oder behördlichen Baubetriebes werden niemals die Initiative zeigen, die dem freien selbständigen Unternehmertum eigen ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der private Baunternehmer schon aus Existenzinteresse, selbst unter schwierigsten Verhältnissen, eine produktive Tätigkeit entfaltet. Nur durch eine Belebung der privaten Bauarbeit, verbunden mit der Unternehmungslust, wird das Ziel, die jetzt überall herrschende Wohnungsnot zu lindern und die dringenden Unterlunftsäume zu schaffen, erreicht werden. Es ergibt sich aus allem, daß die Sozialisierung des Baugewerbes nicht zu einer Verbilligung, sondern zu einer weiteren Verrückung des Bauens führt.

Die Sozialisierung bezw. Kommunalisierung des Baugewerbes wäre das größte Unglück für unsere darniederliegende Volkswirtschaft; sie würde die so dringend notwendige Bautätigkeit völlig zum Stillstande bringen und niemals die Wohnungsnot, die gerade für die Propaganda des Sozialisierungsgebildens verwertet wird, beheben.

Gegen die Zwangswirtschaft in der Fleischversorgung.

In einer vom Provinzialverein der Fleischer und Viehhändler und dem Bezirksverein der schlesischen Fleischermeister einberufenen, am Montag abend in Breslau abgehaltenen öffentlichen Versammlung, die aus ganz Schlesien sehr stark besucht war, wurde die Frage behandelt, wie eine Verbesserung und Verbilligung unserer Fleischversorgung auf dem schnellsten Wege erreicht werden könne. Nachdem in der Hauptsache Rechtsanwalt Fuchs, der Syndikus des erstgenannten Vereins, die Ansichten und Forderungen der Fleischer und Viehhändler und der Vorsitzende des schlesischen Landbundes, Freiherr von Nitzsche, die Stellung der schlesischen Landwirte dazu klargelegt hatten, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die heute zu vielen Tausenden im großen Saale des Konzerthauses versammelten Angehörigen aller Volks- und Berufsstände erheben einmütig Protest gegen das Fortbestehen der Kriegsgesellschaften in der Fleischversorgung, die lediglich das Fleisch verteuern, den Schleichhandel und das Schwarzschlachten fördern, die Produktion hemmen, den realen Handel und das ehrsame Handwerk lähmen und zugrunde richten, und die Verbraucher verärgern und verbittern. Die Versammlung verlangt schleunige Aufhebung des Viehhandelsverbandes, der Kreis- und Bezirkschlächtereien, insbesondere auch der Schlachtereien des Viehhandelsverbandes. Das Kleinvieh (Schweine, Kälber und Schafe), sowie der Nutz- und Schlachtviehhandel und die Auslandsprodukte von Fleisch, Speck und Fett sind sofort, spätestens aber bis zum 15. August freizugeben. Bezüglich der Schlachtrinder ist ein Uebergangssystem zu schaffen, das aber nicht durch den Viehhandelsverband oder ähnliche Kriegsgesellschaften zu organisieren und zu leiten ist, sondern durch die allein dazu geeigneten und berufenen Fachleute, das heißt durch Vertreter der Landwirtschaft, des Viehhandels und des Fleischerhandwerks, in Industriebezirken und den Großstädten eventuell unter Zuziehung von Konsumentenvertretern, namentlich von Arbeitervertretern.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß wir in unserem deutschen Vaterlande nur dann zu einer Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Fleischversorgung kommen können, wenn Landwirt, Händler, Fleischer und Verbraucher einmütig zusammengehen. Sie verlangt, daß die Regierung im Bewußtsein ihrer Verantwortung von solchen Experimenten, wie sie nach der Denkschrift des Reichswirtschaftsministers beabsichtigt sind, absieht, und endlich dem allgemeinen Volkswillen, der die schleunige Wiedereinführung der freien Wirtschaft begehrt, nachkommt.“

Die Milch- und Butterversorgung.

Amlich wird mitgeteilt: Das Einsetzen der Grünfütterung hat eine Erhöhung der Milch-erzeugung und der Herstellung von Butter zur Folge gehabt; diese Erhöhung hat jedoch bei weitem nicht den Umfang, wie weite Kreise der Bevölkerung anzunehmen scheinen, die darauf ihre Erwartungen auf eine erhebliche Verbesserung der Butterversorgung gründen. Der Milcheingang in die Molkereien des Regierungsbezirks Breslau belief sich in der günstigen Zeit, d. h. im Monat Mai, in den einzelnen Jahren wie folgt:

27. 5. bis 2. 6. 1917: 1 882 097 Liter.
26. 5. bis 1. 6. 1918: 2 450 139 Liter.
25. 5. bis 31. 5. 1919: 1 566 597 Liter.
23. 5. bis 29. 5. 1920: 1 405 166 Liter.

Der Buttereingang bei der Bezirksfettstelle betrug im Juni 1917 etwa 1200 Zentner in der Woche, während er im Juni 1920 250 bis höchstens 300 Zentner in der Woche ausmacht. Demgegenüber beträgt der Bedarf der Zuschußkommunalverbände bei einer Verteilung von 50 Gramm unter Berücksichtigung des Bedarfs für Krankenzulagen etwa 900 Zentner. In der Öffentlichkeit wird nur das Steigen der Milch-erzeugung an sich beobachtet, ohne daß man sich über die zur Versorgung der ländlichen- und Bedarfskreise im Regierungsbezirk Breslau erforderlichen absoluten Buttermengen genügend im klaren ist. Es treten daher an die Verwaltungsbehörden auf Drängen ihrer Versorgungsbedürftigen einerseits die Bedarfskommunalverbände mit dem Wunsche heran, eine Butterverteilung nach Möglichkeit jede Woche vorzunehmen, während andererseits die ländlichen Kommunalverbände eine Erhöhung der gegenwärtigen Wochenkopfbuttermenge fordern. Daß diesen Wünschen nicht voll entsprochen werden kann, dürften die vorstehenden Zahlen genügend darthun. Wollte man in allen ländlichen Kommunalverbänden 50 Gramm Butter je Kopf und Woche ausgeben und in den Bedarfskommunalverbänden jede Woche auch nur 30 Gramm Butter je Kopf zur Verteilung bringen, so würde dies der völligen Einstellung der Trinkmilchzufuhr für die Kinder und Kranken in den großen Bedarfsgebieten gleichkommen. Erst in letzter Zeit hat infolge der gestiegenen Milchherzeugung die Versorgung der Bedarfsgebiete mit Trinkmilch einigermaßen günstig gestaltet werden können; niemand wird wünschen, daß durch Gewährung regelmäßiger Wochenrationen in den Bedarfsgebieten und Erhöhung der Buttermengen in den ländlichen Ueberschußkreisen die Trinkmilchversorgung der Kinder und Kranken in den Bedarfsgebieten wieder in Frage gestellt wird.

Daß also alles, was unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes für die Besserung der Butterversorgung geschehen kann, auch von den zuständigen Behörden geschieht, kann die Bevölkerung versichert sein.

* Zur Annahme von Wertpapieren für die zu zahlenden Kriegsabgaben ist für den Kreis Waldenburg die Reichsbankstelle Schweidnitz zuständig.

* Auszeichnung. Dem Hausmeister am hiesigen Gymnasium Hoppe ist nachträglich das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden.

h. Der Verein selbständiger Handwerker hielt am Mittwoch, den 14. d. Mts. im Saale der „Stadtbrauerei“ eine Versammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden, Sattlermeister Schatz, eröffnet und geleitet wurde. Derselbe gedachte zunächst des ehemaligen Vorsitzenden, des verstorbenen Kunstschlossermeisters Robert Kirsch (Breslau). Sein Andenken wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Sodann wurde durch den Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung bekanntgegeben. Erwähnenswert ist daraus besonders, daß an jenem Versammlungsabend 15 Neuanmeldungen von Mitgliedern erfolgten, zumeist Handwerksmeister aus den benachbarten Orten. Desgleichen wurde die am 23. Juni dem hiesigen Magistrat überreichte Resolution nochmals bekanntgegeben.

tiefer erglühenden Wellen des Chiemsees in nie geahnter Pracht der heilige Gral, von dem Wolf-ram von Eschenbach so wunderbar erzählt.

Millionen Strahlen der Liebe sandte er hin- aus aus seinem Wunderkräfte bergen den Reich, hin in die schimmernde Welt.

Doktor König hatte Frauenwörth verlassen, und Sieglinde Ebermeyer war ihm mit den jun- gen Walern gefolgt. Es war still geworden auf dem Wörth. Keine Fiedel klang mehr unter den Linden, und niemand rührte sich zum Tanz. Es herbstete schon.

Auch die Klosterfrauen waren nicht zu sehen; nur selten wehte flüchtig ein dunkler Schleier auf, und die frommen Vieder der jüngeren Klosterschülerinnen hallten ab und zu wie Glockenklang über den stillen Wörth.

Mechthilds Zustand hatte sich wieder ver- schlimmert, nachdem Heinz die Abschiedsgrüße von Doktor König gebracht. Kein Wort hatte sie erwidert, nur still das ganz schmal gewordene Gesichtchen zur Wand gefehrt. Am Abend lag sie wieder in hohem Fieber, und Freda und die Burgei hatten ihre Not mit der Fiebernden, die so wild phantasierte und immer in den tiefen See wollte, um zu schlafen.

Der Professor litt unsagbar während dieser Zeit. Oft saß er stundenlang mit Freda am Lager seines Kindes. Sie horchten mit gleicher Angst auf jeden Atemzug, und beide zitterten um das junge Leben.

Endlich war die Gewalt des Fiebers ge- brochen. Mechthilds kräftige Natur trug den Sieg davon, aber die Genesende schien das Leben verlernt zu haben. Besorgt sprach Heinz mit Freda über diese Wandlung. Die Baronin tröstete mit ihrer lieben Stimme, doch auch sie hatte das Leben, das sie erst im Chiemgau wie- dergesunden, vergessen.

Endlich konnte Mechthild ihr Lager ver- lassen, und Heinz mußte schweren Herzens an die Abreise denken. Seine Vorlesungen began- nen in München. Schon zu lange hatte er hier verweilt.

Bisher war noch kein Wort über die künftige Lebensgestaltung zwischen Vater und Tochter gefallen. Freda vermied es jetzt, seitdem Mech- thild wieder auf war, mehr als nötig mit Heinz zusammenzukommen. Er empfand es schmerz- lich. In höchstes Erstaunen indessen geriet er, als er eines Morgens am Gestade die Baronin traf, die gerade dabei stand, wie ihr Gepäc in ein Boot geladen wurde.

„Sie wollen fort, gnädigste Frau?“ fragte er betroffen.

Sie lächelte matt. „Mechthild braucht mich nicht mehr, Herr Professor, und es wird Zeit, daß ich wieder drüben nach Herrnwörth in meine Einsamkeit komme.“

„Sie halten also daran fest, den Winter über auf Herrschiemsee zu bleiben?“ fragte er. „Nicht Sie denn nichts nach München?“

„Nichts“, gab sie zurück. „Flüchtige Pläne stieg in das schmal gewordene Gesicht des Professors. Fast feindselig sah er auf die blonde Frau. „Und doch stehen Sie, wie ich zufällig erfuhr, in so eifrigem Briefwechsel mit Doktor König“, sagte er.

Dunkle Blut färbte Fredas Antlitz. Wie eine ertappte Sünderin, so meinte Heinz, stand sie vor ihm, als sie erwiderte: „Ja, ich freue mich, daß Walter mich wieder seiner Freundschaft wert hält.“

Ungebuldig erwiderte der Professor: „Wie kommen Sie nur zu solcher Auffassung, Va- ronin. Sie sind die Gebende, nicht er.“

Freda lächelte still. „Das ist Unsichtssache, bester Freund. An Walter ist schwer gestündigt worden, und ich muß versuchen, nach besten Kräften auszugleichen, daß auch ich ihm Wun- den schlug. — Doch taucht da nicht schon der Wendel auf, der mich nach Herrschiemsee brin- gen will? Da lassen Sie mich Ihnen gleich Be- bewohl sagen.“

Zitterte nicht ihre Stimme ein wenig? Heinz aber durchfuhr der Gedanke: Sie hat ohne Ab- schied von mir gehen wollen. Was hat sie gegen mich?

„Sie sind so anders, gnädige Frau“, brachte er mühsam hervor, „ich glaube, Sie haben sich mit Mechthilds Pflege zuviel zugemutet.“

Freda wehrte mit mattem Lächeln ab.

„Nicht einmal gedankt habe ich Ihnen, ver- ehrte Freundin“, fuhr der Professor fort, „für alles, was Sie an meinem Kinde getan haben; nie kann ich jemals diese Dankeschuld abtragen, aber in meinem Herzen wird sie doch immer- während lebendig bleiben.“

Freda errötete unter seinen Blicken, dann er- widerte sie kühl und abwehrend: „Ich bitte Sie, Herr Professor, das war doch Menschenpflicht, und außerdem ist mir Mechthild von Herzen lieb.“

„Also darum?“ Der Professor reckte sich in die Höhe. „Auch ich reise morgen“, sagte er kurz und kalt. „Ich säumte schon zu lange. Sie wissen, daß Mechthild einstweilen auf dem Wörth bleibt?“

Freda neigte den Kopf. „Wendel und die Burgei sprachen davon. Mechthild hat noch kein Wort über ihre Zukunft verlauten lassen?“

Heinz seufzte auf. „Das wird noch ein schwerer Zwiespalt für das Kind, ich möchte alles tun, ihn Hilbe zu ersparen. Darum heißt es für mich, mich vorläufig zu bescheiden.“

Freda reichte ihm herzlich die Hand.

„Lassen Sie Mechthild Zeit; es war zu viel, was auf ihre junge Seele einstürmte, ich hoffe, sie wird selbst den rechten Weg finden.“

(Fortsetzung folgt.)

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 163.

Waldenburg, den 15. Juli 1920.

Bd. XXXVII.

Mechthild vom Wörth.

Ein Chiemseeroman von Anna Wotho.
Amerikanisches Copyright 1919 by Anna Wotho-Mahn, Leipzig.
Nachdruck verboten.

(18. Fortsetzung.)

„Nein, Walter, es wäre Sünde. Ich muß dem Kind Zeit lassen, wenn es genesen ist, sich langsam in die neuen Verhältnisse zu finden. Der Abschied von den Pflegettern, das Scheiden vom Wörth würde so tief auf das zarte Gemüt Mechthilds wirken, daß sie es kaum verwinden würde. Und dann die alten Leute, die heute schon zittern, daß ich ihnen ihr Vießtes nehmen könnte. Das würde ich nicht verantworten können.“

Walter drückte dem Freunde die Hand. So war Heinz nun immer gewesen. Nie an sich, immer nur an andere denkend, hatte ihm das Leben doch so arg und bitter mitgespielt. Walter fühlte beschämt, daß er selbst nicht so ent- sagungsvoll handeln würde wie der alte liebe Gefährte. Er hätte sich ihm an die Brust werfen mögen und ihm alles anvertrauen; doch er sagte sich, daß er das jetzt nicht wagen dürfe.

„Ich reise morgen“, kam es kurz von seinen Lippen.

„Hilbe wird traurig sein, wenn sie erfährt, daß Du ohne Abschied gegangen bist“, wandte der Professor ein, „und auch Freda.“

Ein unruhiger Ton klang bei Nennung Fre- das in des Professors Stimme. „Ich glaube kaum“, gab Walter mit leiser Bitternis zurück. „Bring beiden meine herzlichsten Grüße und sage ihnen — nein, sage ihnen lieber nichts. Ich kann das Nichtstun kaum mehr ertragen“, fuhr er mismutig fort, als er sah, daß Heinz ihn kopf- schüttelnd ansah. „Ich muß nach München. So- bald ich die letzte Hand an mein fast vollendetes Werk getan, rüste ich mich zu einer neuen Reise, die mich hoffentlich von allen törichten Wünschen und Hoffnungen befreit. Der Wörth hat mich verzaubert. Das Leben aber ist kein Rauber- garten. — Leb wohl, Heinz, und vergiß nicht, daß alle meine Wünsche bei Dir und Deinem Kinde sind. Möchte Mechthild bald ganz ge- nesen und Du das Glück, Dein Kind wiederge- finden zu haben, felig genießen.“

Gestig hatte er den Freund an die Brust ge- drückt und, ehe der Professor recht zur Bestimmung kam, die Gaststube verlassen.

„Walter, so hör doch!“ rief ihm der Pro- fessor nach.

„Auf Wiedersehen in München“, klang es von der Tür her, dann war Heinz allein.

Mit zitternder Hand strich er sich das Haar aus der heißen Stirn. Was war das nur mit dem Freunde? Er hatte es oft mit leiser Eifer- sucht empfunden, daß Walter sich Mechthild zu- neigte; nun aber quälte ihn wieder der Argwohn, als ob der scheinnige Aufbruch an Freda läge, die bis zu Mechthilds Genesung ständig auf der Fraueninsel sein würde. Hätte Walter Mech- thild lieb gehabt, wäre er nicht in der Zeit abge- reist, wo ihr Leben an einem Faden hing. Und heute hatte Walter schon Abschied genommen. Er wollte also nicht, daß er morgen zugegen war, wenn er zum letzten Male über den See fuhr.

Mit schweren, mühen Schritten suchte Heinz sein Zimmer auf. Was war alles in den letzten Tagen auf ihn eingestürzt! Ueber all dem Zwiespältigen und Trauervollen aber stand leuch- tend, jubelnd: daß ihm in Mechthild sein Kind wiedergeschenkt war, sein über alles geliebtes Kind!

Lange verharrte er an dem eisenumspannenen Giebelkfenster seines Zimmers und blickte auf den See. Frauenwörth, in seine Silbersehleier ge- hüllt, von einem silbernen Bogenkranz um- schäumt, ruhte wie eine Lotusblüte in kristallener Schale. Feierlich schien ihm der Glanz, feier- lich der stille Heimgarten des Friedens, wo er sein Kind wiedergesunden, wo sein Weib, das er einst liebgehabt, gelebt und schlafen gegangen war für immer. Seine Gedanken schweiften wehnütig zu dem stillen Grab im dunklen Klosterfriedhof. Hatte sie nicht auch, wie in ver- sunkenen Zeiten eine der Klosterfrauen, die holde und schöne Frau Trinitraut mit der goldenen Krone, sehnsüchtig über den See geschaut? Die Herrscherin des Klosters, von der Karl Stieler gesungen:

„Frau Trinitraut mit den goldenen Haaren,
Frau Trinitraut mit dem schonenden Blick,
Sie spricht: So schau' ich hinaus seit Jahren,
Und wart auf Glück.“

Nein, Schwester Trinitraut hatte nicht wie die königliche Frau auf Glück gewartet, sie hatte es noch in der letzten Stunde ihres Lebens an- deren gebracht. Nicht die goldene Krone hatte sie geschmückt, aber einen Kranz von weißen Rosen hatten ihr die Schwestern über den dunk- len Schleier ums Haupt gelegt, als man sie ein- setzte mit ihrem zertrümmerten Glück und ihrem großen Leid. Und Heinz Wigbold hob die Hände zum Sternenhimmel empor.

Die ganze Nacht stand er am Fenster, und als der Mond verblaßte und das Frührot durch die grauen Wolken brach, da hatte er die Emp- findung, als offenbare sich ihm in den immer

Ortsstatut

betreffend das Kaufmannsgericht zu Waldenburg i. Schles.

Auf Grund des Reichsgesetzes betreffend die Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 wird nach Maßgabe der Beschlüsse des Magistrats vom 29. März 1920/3. Mai 1920 und der Stadtverordneten-Versammlung vom 28. April 1920 nach Anhörung beteiligter Kaufleute und Handlungsgehilfen nachstehendes Ortsstatut erlassen:

I. Errichtung und Zusammensetzung des Kaufmannsgerichts.

§ 1. Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Rechtsverhältnis zwischen Kaufleuten einerseits und ihrer Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen andererseits wird ein Kaufmannsgericht errichtet, welches den Namen Kaufmannsgericht zu Waldenburg i. Schles. führt.

Sein Sitz ist in Waldenburg i. Schles.

Sein Bezirk umfaßt den Stadtbezirk Waldenburg i. Schles.

§ 2. Das Kaufmannsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und 20 Beisitzern. Die Zahl der Stellvertreter und Beisitzer kann durch Beschluß der städtischen Körperschaften geändert werden.

§ 3. Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts und seine Stellvertreter werden von dem Magistrat auf drei Jahre gewählt.

§ 4. Die Beisitzer werden auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Beisitzer, deren Amtsdauer abgelaufen ist, scheiden erst dann aus, wenn ihr Nachfolger in das Amt eingetreten ist.

§ 5. Bei der Wahl der Beisitzer bildet der gesamte Bezirk des Kaufmannsgerichts einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden nach Maßgabe des Bedürfnisses örtliche Wahlstellen eingerichtet, deren Bezirke vom Magistrat festgesetzt werden. Die Kaufleute haben ihr Wahlrecht an denjenigen Wahlstellen auszuüben, in deren Bezirk sie ihre Handelsniederlassung haben, die Handlungsgehilfen an denjenigen Wahlstellen, in deren Bezirk sie in Beschäftigung stehen.

§ 6. Zur Leitung der Wahlen wird ein Wahlausschuß bestellt. Vorsitzender des Wahlausschusses ist der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts, Stellvertreter ein stellvertretender Vorsitzender des Kaufmannsgerichts. Der Wahlausschuß besteht ferner aus einem Kaufmann, einem Handlungsgehilfen und je einem Stellvertreter. Er nimmt, falls örtliche Wahlstellen eingerichtet sind, an einer Wahlstelle die Geschäfte des Wahlvorstandes wahr, für jede der anderen Wahlstellen wird ebenfalls ein Wahlvorstand gebildet, der aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter, einem Kaufmann, einem Handlungsgehilfen und je einem Stellvertreter besteht. Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden werden vom Magistrat bestimmt. Die Kaufleute und Handlungsgehilfen werden für den Wahlausschuß und jede Wahlstelle getrennt von den der gleichen Gruppe angehörenden Mitgliedern des Ausschusses des Kaufmannsgerichts (§ 25) in geheimer Wahl oder durch Zuzug gewählt, erstmalig durch den Magistrat ernannt. Der Wahlausschuß und Wahlvorstand faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit in der Besetzung von 3 Mitgliedern, unter denen ein Vorsitzender, ein Kaufmann und ein Handlungsgehilfe sich befinden muß.

§ 7. Zum Zwecke der Wahlen sind für den Wahlbezirk, falls aber örtliche Wahlstellen eingerichtet sind, für jede Wahlstelle von dem Magistrat Listen anzulegen, in welche alle Wähler einzutragen sind, deren Stimmberechtigung innerhalb der bekannt zu gebenden Frist von 2 Wochen bei der von dem Magistrat zu bezeichnenden Anmeldestelle mündlich oder schriftlich angemeldet ist. Kaufleute, die mehrere Handelsniederlassungen haben, müssen bei der Anmeldung auch angeben, welche Niederlassung für ihre Wahlstelle bestimmend sein soll. Bescheinigungen über die das Stimmrecht begründenden Tatsachen sind auf Erfordern beizubringen. Bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung ruht das Stimmrecht.

§ 8. Ort und Zeit der Wahlen werden von dem Magistrat bestimmt und unter Mitteilung der für die Wahlbarkeit und Wahlberechtigung gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen mindestens 6 Wochen vor der Wahl in den zur Aufnahme von amtlichen Anzeigen des Magistrats bestimmten Blättern zweimal bekanntgemacht. In der Anzeige sind zugleich die Wahlberechtigten zur Einreichung von Wahlvorschlagslisten aufzufordern, mit dem Hinweis, daß bei der Wahl die Stimmabgabe auf die rechtzeitig eingereichten Vorschlagslisten beschränkt sein werde.

§ 9. Die Vorschlagslisten (§ 8), welche für Kaufleute und Handlungsgehilfen getrennt aufzustellen sind und sowohl Namen enthalten müssen, als Beisitzer von jedem der beiden Wahlkörper zu wählen sind, müssen unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters von mindestens 15 zur Zeit der Einreichung wahlberechtigten Personen unter Angabe von Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung unterzeichnet und spätestens 3 Wochen vor der Wahl eingereicht sein. Personen, die auf mehreren Listen vorgeschlagen sind, werden zu einer Auserkennung darüber aufgefordert, welcher Liste sie zugeteilt zu werden wünschen. Wird hierauf nicht innerhalb 3 Tagen eine ausreichende Erklärung abgegeben, so werden sie derjenigen Liste zugerechnet, auf der sie an oberster Stelle stehen. Stehen sie auf mehreren Listen an gleicher Stelle, so bleiben sie auf der Liste, die zuerst eingegangen ist; bei gleichzeitigem Eingang entscheidet das Los. Auf den übrigen Listen erfolgt Streichung, von der sofort den bevollmächtigten Vertretern Mitteilung gemacht und anheimgegeben wird, binnen 2 Tagen Ersatzvorschläge zu machen. Die Ersatzmänner kommen an letzte Stelle der Liste.

Personen, die mehrere Listen unterzeichnen, werden auf sämtlichen Listen gestrichen. Geht nur eine Liste ein, so gelten, ohne daß es einer weiteren Wahlverhandlung bedarf, die auf der Liste Benannten als gewählt.

Die Vorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und mit diesen, jedoch ohne die Namen des Unterzeichners, spätestens 10 Tage vor der Wahl in den vorbezeichneten Blättern (§ 8) öffentlich bekannt gegeben.

§ 10. Die Wahlhandlung ist öffentlich und erfolgt für die Kaufleute und Handlungsgehilfen getrennt. Die an der Wahl sich beteiligenden Personen haben sich vor dem Wahlvorstande, insoweit sie nicht persönlich bekannt sind, auf Erfordern darüber auszuweisen, daß sie mit der in der Wahlliste verzeichneten Person identisch sind. Die Anerkennung der beigebrachten Ausweise bleibt dem Ermessen des Wahlvorstandes überlassen. Personen, welche in den Wahllisten nicht eingetragen sind, sind von der Wahl zurückzuweisen.

§ 11. Das Wahlrecht kann nur in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgeübt werden. Die Stimmzettel dürfen keine äußeren Kennzeichen haben, auch nicht unterschrieben sein oder einen Protest oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des Wahllokals handschriftlich oder im Wege der Verbrieflichung mit der deutlichen Bezeichnung sämtlicher auf einer Vorschlagsliste verzeichneten Personen zu versehen und derart zusammenzulegen, daß die darauf enthaltenen Namen verdeckt sind. Zur Aufnahme der Stimmzettel sind für beide Wahlkörper Wahlurnen aufzustellen. Die zur Abgabe der Stimmen zugelassenen haben ihre Stimmzettel zusammengefaßt dem Vorsitzenden zu übergeben, welcher sie unterzeichnet in die Urne hineinsteckt. In den Wahlurten ist durch ein in besonderer Spalte eingetragenes Zeichen ersichtlich zu machen, welche der verzeichneten Personen ihr Wahlrecht ausgeübt haben.

§ 12. Nach Ablauf der zur Vornahme der Wahl festgesetzten Zeit sind nur noch die im Wahllokal bereits anwesenden Personen zur Wahl zugelassen. Als dann wird die Wahl für geschlossen erklärt und in der Wahlniederschrift vermerkt, daß sich während der für die Ausübung der Wahl festgesetzten Zeit niemand weiter zur Ausübung des Wahlrechts gemeldet hat.

Nunmehr wird die Zahl der in die Wahlurnen eingelegten Stimmzettel ermittelt und in der Niederschrift vermerkt. Hierauf erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel. Als gültig werden nur diejenigen Stimmzettel erklärt, welche in sämtlichen benannten Personen mit sämtlichen Personen einer rechtzeitig eingereichten Wahlvorschlagsliste übereinstimmen. Demnach wird zur Feststellung des Wahlergebnisses geschritten. Diese ist durch den Wahlausschuß vorzunehmen, dem im Falle der Errichtung örtlicher Wahlstellen die Wahlvorsteher die Wahlniederschriften und die Stimmzettel, gültige und ungültige getrennt, in versiegelter Umschlag einzusenden haben.

Der Wahlausschuß ermittelt zunächst, welche Zahl gültiger Stimmen auf jede der eingereichten Vorschlagslisten gefallen ist. Es wird nunmehr die Zahl

der von jedem Wahlkörper zu wählenden Beisitzer auf die einzelnen Listen nach dem Verhältnis ihrer Stimmzahlen verteilt. Jeder Liste fällt hierbei die Zahl von Beisitzern zu, die sich zur Gesamtzahl der Beisitzer verhält wie die Zahl der auf die Liste entfallenen Stimmen zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen. Bei Berechnung dieser Beisitzerzahlen werden zunächst nur die ganzen Zahlen berücksichtigt, demnach die größten Bruchzahlen zu ganzen abgerundet, bis die Gesamtzahl der Beisitzer erreicht ist. Die Personen der Gewählten ergeben sich aus der für jede Liste aufgestellten Reihenfolge.

Der Wahlausschuß hat das Wahlergebnis innerhalb einer Woche nach dem Wahltage dem Magistrat unter Beifügung der Wahlniederschriften und Stimmzettel anzuzeigen.

§ 13. Das Ergebnis der Wahl ist von dem Magistrat alsbald in den zur Aufnahme von amtlichen Anzeigen bestimmten Blättern mit dem Hinweis darauf bekanntzumachen, daß Beschwerden gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach der Wahl bei dem Magistrat anzubringen sind.

Gleichzeitig ist jeder Gewählte von seiner Berufung zum Mitgliede des Kaufmannsgerichts unter Hinweis auf die gesetzlichen Ablehnungsgründe mit der Aufforderung schriftlich in Kenntnis zu setzen, etwaige Ablehnungsgründe bei dem Magistrat geltend zu machen.

§ 14. Nehmt ein Gewählter die Wahl mit Erfolg ab, oder wird eine Wahl für ungültig erklärt, oder scheidet im Laufe der Wahlperiode ein Beisitzer aus, so tritt derjenige an dessen Stelle, welcher in der Vorschlagsliste, der der Ausscheidende entnommen war, unter den Nichtgewählten an oberster Stelle steht.

Berrington sich trotz dieses Ersatzverfahrens die Zahl der Beisitzer einer Gattung um mehr als die Hälfte, so kann der Magistrat Ersatzwahlen für den Rest der Wahlperiode anordnen. Für diese Ersatzwahlen bleiben die für die letzten regelmäßigen Wahlen aufgestellten Wählerlisten maßgebend.

§ 15. Die endgültige Zusammensetzung des Kaufmannsgerichts ist in den zur Aufnahme von amtlichen Anzeigen des Magistrats bestimmten Blättern bekanntzumachen.

§ 16. Die Reihenfolge, in welcher die Beisitzer an den Sitzungen des Kaufmannsgerichts teilzunehmen haben, wird durch Auslosung festgestellt. Das Los zieht der Vorsitzende. Ueber die Auslosung wird eine Niederschrift aufgenommen.

§ 17. Der Vorsitzende setzt die Beisitzer von den Sitzungstagen, an welchem sie nach Maßgabe der Auslosung in Tätigkeit zu treten haben, unter Hinweis auf die Folgen des Ausbleibens schriftlich in Kenntnis.

§ 18. Die Beisitzer sind verpflichtet, im Falle der Verhinderung ihre Entschuldigungsgründe rechtzeitig dem Vorsitzenden anzuzeigen.

Wenn ein ausgeloster Beisitzer verhindert ist oder nicht erscheint, so tritt statt seiner der in der Reihenfolge nächste Beisitzer durch den Vorsitzenden einberufen. Der ausgebliebene Beisitzer ist alsdann an Stelle des ihn vertretenden Beisitzers für die nächste Sitzung zu laden.

Die Beisitzer haben jeden Wechsel ihrer Wohnung binnen drei Tagen dem Vorsitzenden anzuzeigen.

§ 19. Das Kaufmannsgericht verhandelt und entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, nämlich dem Vorsitzenden, sowie je einem Kaufmann und einem Handlungsgehilfen als Beisitzern.

§ 20. Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, an welcher sie teilgenommen haben, als Entschädigung für Zeitverräumnis fünf Mark.

§ 21. Die für das Kaufmannsgericht erforderliche Gerichtsschreiberei wird mit derjenigen des Gewerbegerichts der Stadt Waldenburg in Schlesien verbunden. Der Gerichtsschreiber und die übrigen Angestellten des Gewerbegerichts sind in entsprechender Weise für das Kaufmannsgericht tätig; sie werden, soweit sie an den Sitzungen als Schriftführer teilnehmen, von dem Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts vereidigt.

Die Zustellungen werden durch die dazu bestimmten Gemeindebeamten bewirkt.

§ 22. Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts hat alljährlich einen Bericht über die gesamte Geschäftstätigkeit des Gerichts in dem abgelaufenen Jahre an den Magistrat zu erstatten.

§ 23. Für die Verhandlungen des Rechtsstreites vor dem Kaufmannsgericht werden Gebühren nach den in § 58 des Gewerbegerichtsgesetzes genannten Sätzen erhoben.

II. Tätigkeit des Kaufmannsgerichts als Einigungsamt.

§ 24. Das Kaufmannsgericht bezieht als Einigungsamt gemäß § 17 des Kaufmannsgerichtsgesetzes.

Die Vertrauensmänner und Beisitzer erhalten auf ihren Antrag Entschädigung für Zeitverräumnis gemäß § 20, die Auskunftspersonen eine Vergütung nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

III. Gutachten und Anträge des Kaufmannsgerichts.

§ 25. Zur Vorbereitung oder Abgabe von Gutachten sowie zur Vorbereitung von Anträgen im Sinne des § 18 des Kaufmannsgerichtsgesetzes wird ein Ausschuß aus der Mitte des Kaufmannsgerichts gebildet, welcher aus dem Vorsitzenden, vier Kaufleuten und vier Handlungsgehilfen besteht. Die Kaufleute und Handlungsgehilfen werden nach jeder Neuwahl der Beisitzer für die Wahlperiode von sämtlichen Beisitzern, getrennt nach Kaufleuten und Handlungsgehilfen, unter Leitung des Vorsitzenden gewählt. Für jedes Mitglied wird zugleich ein Stellvertreter gewählt, der für den Fall des Ausscheidens und der Behinderung an dessen Stelle tritt.

§ 26. Die Wahl (§ 25) erfolgt, falls keiner der Beisitzer Widerspruch erhebt, durch Zuzug, anderenfalls getrennt von Kaufleuten und Handlungsgehilfen durch verschlossene Stimmzettel in der Weise, daß jeder Stimmberechtigte so viele Namen auf einen Stimmzettel schreibt, wie Ausschußmitglieder gewählt werden sollen. Gewählt sind diejenigen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los.

§ 27. Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts beruft den Ausschuß (§ 25) und leitet seine Verhandlungen.

Der Vorsitzende kann sich durch einen stellvertretenden Vorsitzenden vertreten lassen. Auch können die stellvertretenden Vorsitzenden an den Verhandlungen des Ausschusses mit beratender Stimme teilnehmen.

Beschlüsse werden von dem Ausschuß mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Ein Antrag, für welchen nur die Hälfte der Stimmen abgegeben ist, gilt als abgelehnt. Der Ausschuß ist nur beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der zugehörigen Kaufleute und Handlungsgehilfen anwesend ist.

§ 28. Ueber die Verhandlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen, welche bei hervortretenden Meinungsverschiedenheiten ersichtlich machen muß, welche Meinungen von den Kaufleuten und welche von den Handlungsgehilfen vertreten worden sind.

Etwaige Abstimmungen sind so vorzunehmen und in der Niederschrift festzustellen, daß das Ergebnis derselben bezüglich der Kaufleute und der Handlungsgehilfen getrennt ersichtlich ist.

§ 29. Mit dem von dem Ausschusse beschlossenen Gutachten oder Anträge ist eine Abschrift der über die Verhandlungen aufgenommenen Niederschrift einzureichen. Ist über ein vom Kaufmannsgericht zu erlassendes Gutachten ein Beschluß nicht zustande gekommen, so ist eine Abschrift der über die Verhandlung aufgenommenen Niederschrift einzureichen.

IV. Schlußbestimmung.

§ 30. Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Waldenburg, den 31. Mai 1920.

Der Magistrat. Dr. Erdmann. Dr. Wieschner.

Vorstehende Satzung wird hiermit genehmigt.

Breslau, den 18. Juni 1920.
(Siegel.) Der Vorsitzende des Bezirks-Ausschusses. J. B. gez. Kern.
Genehmigung. Stempelerei wegen Vorliegen eines öffentlichen Interesses. Bs. 835/20.

Vorstehendes Ortsstatut wird hiermit weiter veröffentlicht.
Waldenburg, den 4. Juli 1920.

Der Magistrat.